

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18. Juli 1952

545/J

A n f r a g e

der Abg. · E l s e r und Genossen  
an den Bundesminister für Justiz, /betreffend die willkürliche Verfolgung  
von Presseveröffentlichungen über den Verrat österreichischer Interessen  
durch Geheimverhandlungen mit Tito-Jugoslawien.

-.-.-.-

In den letzten Wochen hat die in Klagenfurt erscheinende Zeitung "Wahrheit und Volkswille" wiederholt Aufsehen erregende Tatsachen veröffentlicht, die es klar machen, dass offizielle Regierungsstellen, insbesondere auch die Kärntner Landesregierung und vor allem der Landeshauptmann des Bundeslandes Kärnten, Wedenig, offenbar im Auftrag der amerikanischen Kriegsbrandstifter, weitgehende Besprechungen und Verhandlungen mit Regierungsstellen des faschistischen Jugoslawien gepflogen haben, die die Interessen Österreichs und vor allem des Bundeslandes Kärnten schwer schädigen.

Nunmehr ist bekannt geworden, dass diese Veröffentlichungen die Staatsanwaltschaft Klagenfurt, die, wie alle staatsanwaltschaftlichen Behörden dem Bundesminister für Justiz untersteht und an seine Weisungen gebunden ist, veranlasst haben, die Einleitung der Voruntersuchung wegen Verdachtes des Vergehens nach § 300 StG. zu beantragen.

Dieser Versuch einer Verfolgung der Presse, die die Interessen Österreichs vertritt, stellt sich zweifellos als politische Verfolgung dar. Dabei sind die Tatsachen, die den Veröffentlichungen zugrundeliegen, klar.

Eine Reihe von Tatsachen bestätigt, dass Vertreter der Regierung, in Kärnten insbesondere Landeshauptmann Wedenig, gegenüber der Tito-Regierung in Jugoslawien ein Entgegenkommen zeigen, das den Interessen Österreichs zuwiderläuft. Die Verurteilung dieses die Interessen Österreichs schädigenden Entgegenkommens gegenüber der jugoslawischen Regierung bildet den Hauptinhalt der Veröffentlichungen, die die Staatsanwaltschaft verfolgt.

1. Die Auslieferung der Draukraftwerke.

In einer diplomatischen Note der Sowjetunion vom 11. August 1949 an die Regierung Jugoslawiens wird festgestellt, dass die Regierung Jugoslawiens schon 1947 von der Sowjetunion unter anderem verlangte, für die Forderung der jugoslawischen Regierung "auf Einführung besonderer Rechte der Förderativen Volksrepublik Jugoslawien bei der Verwaltung dieser Kraftwerke" einzutreten. In einer diplomatischen Note der jugoslawischen Regierung vom 3. August 1949 an die Sowjetregierung, die von dieser veröffentlicht wurde, wird zugegeben, dass die jugoslawische Regierung auch dem britischen Minister Noel Baker am 14. Juni 1947 vorschlug, diese Forderung bezüglich der Draukraftwerke zu unterstützen.

Nachdem bei den Staatsvertragsverhandlungen eine Einigung zwischen den vier Grossmächten über die volle Ablehnung der jugoslawischen Forderungen gegenüber Österreich erzielt worden war, begann gerade von Seiten britischer Politiker 1950/51 ein auffälliges diplomatisches Getriebe zwischen Belgrad, Wien und Klagenfurt, in dessen Verlauf Besuche der britischen Unterstaatssekretäre Henderson und Davies, des damaligen britischen Aussenministers Morrison und des gegenwärtigen britischen Aussenministers Eden erfolgten, wobei letzterer sogar direkt eine Besichtigung der beiden Draukraftwerke Schwabegg und Lavamünd vornahm.

Entsprechend der Praxis der Geheimdiplomatie wurden über den Inhalt all dieser Besuche und Besprechungen nur nichtssagende Erklärungen veröffentlicht. Aber gerade der Besuch der Draukraftwerke selbst beweist, dass, zumindest bei einem Teil dieser Besprechungen, die jugoslawischen Ansprüche auf Einflussnahme auf diese Kraftwerke im Mittelpunkt standen.

Kurz darauf kam es dann auch zu direkten Verhandlungen zwischen der österreichischen und der jugoslawischen Regierung. Zum erstenmal erfuhr die Öffentlichkeit davon am 27. September 1951 aus einer unauffälligen Notiz der Kärntner Zeitung der SPÖ, die über einen im Juli 1951 abgeschlossenen Stromlieferungsvertrag berichtete sowie über den Besuch des slowenischen Energie-Ministers in Kärnten. Bis heute ist der österreichischen Öffentlichkeit nicht bekannt, wann und wo dieser Stromlieferungsvertrag

4.Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18.Juli 1952

vom Juli 1951 abgeschlossen wurde.

Im Februar 1952 folgten dann Verhandlungen in Veldes (Slowenien) und im Mai 1952 in Velden (Kärnten). In den Veröffentlichungen über diese Verhandlungen wurde zum erstenmal zugegeben, dass Fragen der Draukraftwerke zur Behandlung kamen.

Worum ging es dabei? An der Drau gibt es auf österreichischem Territorium die beiden Grosskraftwerke Schwabegg und Lavamünd. Flussabwärts auf jugoslawischem Territorium liegen weitere drei Kraftwerke. Das oberste Kraftwerk, also Schwabegg, staut nun in den Tagesstunden mit schwachem Strombedarf (also in den frühen Morgenstunden) das Drauwasser. In den Stunden der Höchstbelastung (in den Abendstunden) wird das gestaute Wasser dann abgearbeitet, und zwar nicht nur von Schwabegg, sondern gleich anschliessend auch von Lavamünd (sogenannter Schwellbetrieb). Nun erreicht der Wasserschwall die beiden untersten jugoslawischen Kraftwerke erst zu einer Zeit, zu der der Höchstbedarf bereits vorbei ist.

In der Kärntner Zeitung der SPÖ heisst es nun am 11.Mai 1952 auf Seite 5:

"Jugoslawien hält sich durch die geschilderte Art der Betriebsführung für benachteiligt und vertritt den Standpunkt, dass es Anspruch auf den natürlichen Abfluss des Drauwassers habe."

Eine solche Regelung würde aber bedeuten, dass Österreich die Draukraftwerke gerade zur Zeit der Höchstbelastung nur mit eingeschränkter Kraft arbeiten lassen könnte. Dabei braucht die jugoslawische Regierung diesen Strom keinesfalls für die jugoslawische Wirtschaft, die bekanntlich gegenwärtig eine Verfallsperiode durchmacht, sondern die Kärntner Zeitung der SPÖ schreibt am 10.Mai 1952 auf Seite 2:

"Jugoslawien hofft, durch bessere Ausnützung seiner Werke auch in Hinkunft, besonders nach Ausbau weiterer Stufen, die im Herbst vorigen Jahres aufgenommene Stromlieferung nach Österreich intensivieren zu können."

Dieser Strom kostet Österreich allerdings pro Kilowattstunde, wie im "Volkswille" vom 17.Mai 1952 unwidersprochen veröffentlicht wurde,

5. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18. Juli 1952

35 Groschen, während Österreich eine viel grössere Strommenge nach Westdeutschland zum Preis von nur 14 Groschen (wie eine Durchrechnung des gesamten 1951 nach Westdeutschland exportierten Stromes und der dafür erzielten Bezahlung ergibt) exportiert. Wenn auf die Ausnützung der Draukraftwerke gerade in der Zeit der Höchstbelastung des österreichischen Verbundnetzes auch nur teilweise verzichtet wird und Österreich als angebliche "Entschädigung" dafür Strom aus jugoslawischen Kraftwerken erhält, den es - noch dazu teuer - bezahlen muss, so stellt dies eine durch nichts gerechtfertigte ständige wirtschaftliche Benachteiligung Österreichs dar.

Die Berichterstattung der Regierungspresse über diese Verhandlungen lässt keinen Zweifel offen, dass der jugoslawischen Regierung Zugeständnisse gemacht wurden. Die Kärntner Zeitung der ÖVP schreibt überdies am 10. Mai 1952 auf Seite 2:

"Es wurde beschlossen, eine paritätische Kommission einzusetzen, die die Regierung über alle Energiefragen der Drau beraten soll."

Es ist auf den ersten Blick klar, dass eine solche Kommission, welche Kompetenz und Befugnis sie auch immer haben mag, sich einseitig gegen die Interessen Österreichs auswirken muss. Dies schon aus dem einfachen technischen Grund, dass jedes Kraftwerk ausschliesslich von den Energiefragen stromaufwärts abhängig ist. Da nun die Drau aus Österreich nach Jugoslawien fliesst, gewinnt die jugoslawische Regierung durch eine solche Kommission die Möglichkeit, ihre Interessen dauernd gegenüber den Kärntner Draukraftwerken geltend zu machen, während Österreich naturgemäss an den Energiefragen der Drau auf jugoslawischem Gebiet gar nicht interessiert sein kann. Dabei wurde durch Pressemeldungen bekannt, dass die jugoslawische Regierung mit Hilfe dieser Kommission nicht nur die Draukraftwerke, sondern alle Fragen der Drauregulierung, einschliesslich einer solchen Frage wie die Verwendung von Möllwasser im Kraftwerk Kaprun (durch den Möllstollen), kontrollieren will und entsprechende Entschädigungen fordert.

6. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18. Juli 1952

Die Bildung dieser Kommission richtet sich also auf jeden Fall einseitig gegen die Interessen Österreichs. Nachdem bei den Beratungen auch Vertreter der Kärntner Landesregierung anwesend waren, trägt diese mit die Verantwortung für die Österreich daraus erwachsende Schädigung. Alle diese Tatsachen sind bisher in der Öffentlichkeit bekanntgeworden.

## 2. Pläne gegen die territoriale Integrität Österreichs.

In einer Note der Sowjetregierung an die jugoslawische Regierung am 29. August 1949 wird festgestellt, dass schon 1945

"von gewissen nationalistischen Kreisen der slawischen Staaten, darunter auch Jugoslawien, ein Plan zur Aufteilung Österreichs unter die Nachbarstaaten aufs Tapet gebracht"

wurde.

Welche jugoslawischen Kreise dies waren, enthüllt dieselbe Note der Sowjetregierung, indem sie fortführt:

"Die jugoslawische Regierung ist der Ansicht, das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen sei nur auf Jugoslawien und die Siegernationen anwendbar."

Diese damals schon von der jugoslawischen Regierung gegen die nationale Existenz Österreichs gerichteten Pläne wurden von der Sowjetunion 1945 vereitelt.

Es folgten hierauf 1947 die territorialen Forderungen der jugoslawischen Regierung gegenüber Österreich im Zusammenhang mit den Staatsvertragsverhandlungen. Diese wurden von den vier Grossmächten im Verlauf der Verhandlungen vollinhaltlich abgelehnt.

Im Jahre 1951 tauchten sodann in wesentlichen Zeitungen mehrmals Hinweise auf bestehende Pläne auf, die eine militärische Besetzung österreichischen Territoriums (im besonderen Kärntens) durch Truppen der jugoslawischen Regierung vorsehen, wobei als Zeitpunkt der Verwirklichung dieser Pläne der Beginn eines neuen Krieges in Europa gedacht ist. So schrieb die französische Zeitung "Le Monde" am 12. Jänner 1951 in einem Artikel, der den Plan einer "Alpenfestung" in Österreich entwickelt, es sei wahrscheinlich, dass

7. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18. Juli 1952

"die jugoslawische Armee den englischen Kräften bei der Verteidigung des rechten Flügels der alliierten Front in Österreich helfen wird."

Gleichzeitig fanden amerikanisch-jugoslawische Militärbesprechungen, teilweise auf österreichischem Boden (z.B. in Velden) statt, die im Herbst 1951 zum Abschluss eines amerikanisch-jugoslawischen Militärpaktes führten. Knapp vor Abschluss dieses Paktes erfolgte eine formale Erklärung, dass Jugoslawien auf Gebietsansprüche an Österreich verzichte, allerdings nicht aus dem Mund eines Regierungsmitgliedes, sondern durch Moshe Pijade, den Präsidenten der jugoslawischen Nationalversammlung.

Die von amerikanischen Dienststellen 1945 gegründeten und später als "unabhängige" Zeitung weitergeführten "Salzburger Nachrichten" schrieben dazu in einem Leitartikel vom 7. November 1951:

"Jedenfalls wurde anlässlich des kürzlichen Besuches des USA-Stabschefs General Collins in Belgrad auch die Frage einer eventuellen Mitwirkung jugoslawischer Kontingente bei der Verteidigung Österreichs erörtert. Wollte man dazu die nötigen Voraussetzungen schaffen, müsste zunächst erst das starke Misstrauen gegen Jugoslawien, das immer noch in Österreich herrscht, beseitigt werden. Dies ist jetzt, nach dem öffentlich erklärten Verzicht Belgrads auf Südkärnten, der Fall. Sollten einmal im Ernstfall Tito-Truppen nach Kärnten kommen, so werden sie nicht mehr wie bisher als Eindringlinge angesehen werden müssen. Diese Gesinnungsänderung einzuleiten, war der vordringlichste Wunsch der Amerikaner .....

Zu dieser Nachricht, die auch in Kärnten weiteste Verbreitung fand, wurde weder von der Kärntner Landesregierung, noch von der österreichischen Bundesregierung, noch von einer amerikanischen Instanz Stellung genommen.

Es erscheint demnach erwiesen, dass die darin angeführten Pläne und Gedankengänge tatsächlich existieren. Und zwar beweist der Artikel vor allem:

1. Es besteht tatsächlich die Absicht, österreichisches Territorium durch Tito-Truppen besetzen zu lassen.

2. Um dies zu ermöglichen, ist es der vordringlichste Wunsch der Amerikaner, das in Österreich gegen die jugoslawische Regierung bestehende

8. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18. Juli 1952

Misstrauen zu beseitigen.

Betrachtet man die Politik der Bundesregierung und der Kärntner Landesregierung, im besonderen aber die Tätigkeit des Landeshauptmannes Wedenig, während der Monate, die seit dem Abschluss des amerikanisch-jugoslawischen Militärpaktes verstrichen sind, so ist leicht feststellbar, dass sie voll und ganz diesem "vordringlichsten Wunsch der Amerikaner" entsprach, das in Österreich herrschende Misstrauen gegenüber der jugoslawischen Regierung zu zerstreuen. Dadurch helfen diese Politiker aber mit, gerade die Voraussetzungen zu schaffen, dass Tito-Truppen Kärntner Boden besetzen können.

Als Vorwand für diese Pläne wird eine angeblich notwendige "Verteidigung" Österreichs gegen einen "sowjetischen Angriff" angeführt, zu welcher die Tito-Truppen herangezogen werden sollen.

Aber es ist allgemein bekannt, dass Truppen der Sowjetunion seit Kriegsende 1945 nirgends Kämpfe geführt haben, geschweige denn irgendein Land angriffen, während andererseits Truppen der USA und deren Verbündeten Kriege gegen verschiedene Völker führten und führen.

Die Pläne zur Besetzung österreichischen Territoriums durch jugoslawische Truppen sind also keinesfalls eine notwendige "Verteidigungsmassnahme", sondern sie bedeuten eine verstärkte Einbeziehung Österreichs in den militärischen Block der amerikanischen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion in Europa, eine Vergrösserung der Kriegsgefahr und der Gefahr der völligen Verwüstung Österreichs und schliesslich eine ernste Gefahr für den nationalen Bestand Österreichs überhaupt.

Alle Schritte, die dazu bestimmt sind, das Misstrauen in der österreichischen Bevölkerung gegenüber der Tito-Regierung zu zerstreuen und dadurch den Boden für eine geplante Besetzung österreichischen Bodens durch Tito-Truppen zu ebnen, stellen einen klaren Verrat an den nationalen Interessen Österreichs, begangen auf Wunsch der Amerikaner, dar.

Selbstverständlich braucht das österreichische Volk eine Verständigung mit den Völkern Jugoslawiens, aber eine solche ist nur möglich durch schärfste Ablehnung des Tito-Regimes, das ja gleichzeitig, wie jedes faschistische Regime, auch der ärgste Feind der jugoslawischen Völker ist.

9. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18. Juli 1952

Es ist daher nicht nur das volle Recht, sondern geradezu die nationale Pflicht jedes österreichischen Staatsbürgers, gegen diese Politik des Hochverrates an Österreich zu kämpfen.

Hier einige konkrete Beispiele für diese gegen Österreich gerichteten politischen Handlungen:

a.) Der Besuch Landeshauptmann Wedenigs am 7. Juni in Laibach.

Die Kärntner Zeitung der SPÖ schrieb darüber in ihrer Nummer vom 12. Juni auf Seite 5, dass Wedenig sich nur als "Privatmann" an einer Sängerreise beteiligt habe. Auch die Kärntner Zeitung der Titoisten hatte schon am 11. Juni mitgeteilt:

"Landeshauptmann Wedenig war Gast bei einem Mittagessen beim Vorsitzenden der slowenischen Regierung Miha Marinko."

Aus weiteren jugoslawischen Zeitungsmeldungen ergibt sich aber darüber hinaus, dass gerade an diesem 7. Juni auch der jugoslawische Regierungschef Tito und mehrere seiner Minister in Laibach anwesend waren und ebenfalls mit Marinko zusammentrafen. (Angeführt sei nur eine diesbezügliche Notiz der Kärntner Titoisten-Zeitung vom 14. Juni 1952, Seite 2).

Es ist also bewiesen, dass Wedenig in engem Kreis mit dem slowenischen Regierungschef zusammentraf. Seine Reise war keineswegs privater Natur. Es ist ferner äusserst wahrscheinlich, dass an diesem engen Kreis auch Tito teilnahm. Dies umso mehr, als wenige Tage später der österreichische Aussenminister Gruber offiziell zu Tito reiste und in der österreichischen Aussenpolitik auch bei anderen den österreichischen Interessen widersprechenden Schritten beide Regierungsparteien die Verantwortung zu teilen pflegten. So zum Beispiel bei den nacheinander erfolgten Reisen des Vizekanzlers Schärff und des Bundeskanzlers Figl nach Amerika.

Im Zusammenhang mit der Reise des Aussenministers wurde dann auch offen von der Belgrader Zeitung "Politika" von einem "gemeinsamen Kampf Österreichs und Jugoslawiens gegen die Sowjetunion" geschrieben.

b.) Die jugoslawische Flugveranstaltung am 15. Juni in Klagenfurt.

Diese Veranstaltung diente eindeutig dazu, die Kärntner Bevölkerung mit der Anwesenheit jugoslawischer Flieger und Flugzeuge in österreichischem

10. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18. Juli 1952

Lufttraum vertraut zu machen. Sie stand unter dem Ehrenschutz von Landeshauptmann Wedenig, der auch eine Ansprache hielt. Als Landesvertrauensmann der SPÖ übte Wedenig auch den entscheidenden Einfluss auf den der SPÖ unterstehenden ÖMV aus, der offiziell die Einladung der jugoslawischen Flieger vornahm und die Veranstaltung durchführte.

Die Anwesenheit der jugoslawischen Flugzeuge (darunter mehrerer Motorflugzeuge) erstreckte sich auf rund zwei Wochen. Ihnen wurde Gelegenheit gegeben, Flüge über ganz Kärnten durchzuführen. Selbstverständlich hatten sie dabei auch die Möglichkeit, unkontrollierte Luftaufnahmen vom Kärntner Territorium zu machen, sich mit den atmosphärischen Verhältnissen in Kärnten und den Start- und Landebedingungen des Flugplatzes Klagenfurt-Annabichl vertraut zu machen.

Wie bedenklich diese Veranstaltung war, lässt sich selbst in der Kärntner Zeitung der SPÖ vom 17. Juni 1952 feststellen, in der nachträglich über die Veranstaltung geschrieben wird:

"Leider musste das Fallschirm springen auf höhere Anordnung hin mit Rücksicht auf die "heikle Situation, in der sich Österreich noch immer befindet" unterbleiben."

e.) Systematische Infiltration von Tito-Propagandisten.

Erst in den letzten Wochen wurde festgestellt, dass im Heim der SPÖ in Sekirn am Wörther-See durch längere Zeit hindurch grössere Gruppen jugoslawischer "Sänger" untergebracht waren bzw. noch sind, die in den Orten Südkärntens mit slowenischer Bevölkerung vorwiegend Propagandaarbeit für die Tito-Regierung entfalten.

Ferner wurden von der jugoslawischen Regierung rund hundert sogenannte "landwirtschaftliche Praktikanten" nach Kärnten geschickt, die auf Bauernhöfe in Südkärnten aufgeteilt wurden und dort vor allem als Propagandisten tätig sind. Diese Propagandisten müssen selbstverständlich die Arbeitsbewilligung offizieller österreichischer Stellen besitzen.

11. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18. Juli 1952

Angesichts der dargelegten Tatsachen stellen die gefertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Justiz die nachfolgenden

A n f r a g e n:

- 1.) Ist der Herr Bundesminister für Justiz bereit, die Staatsanwaltschaften unverzüglich anzuweisen, ungerechtfertigte politische Verfolgungen der Presse zu unterlassen und bereits eingeleitete Verfolgungen dieser Art einzustellen?
- 2.) Ist der Herr Bundesminister für Justiz bereit, auf Grund der in dieser Anfrage mitgeteilten Tatsachen wegen des Verdachtes des Hochverrates an Österreich gegen die Politiker, die Anstalten machen, Österreichs Interessen an Tito-Jugoslawien auszuliefern, ein Strafverfahren einleiten zu lassen?

-.-.-.-.-